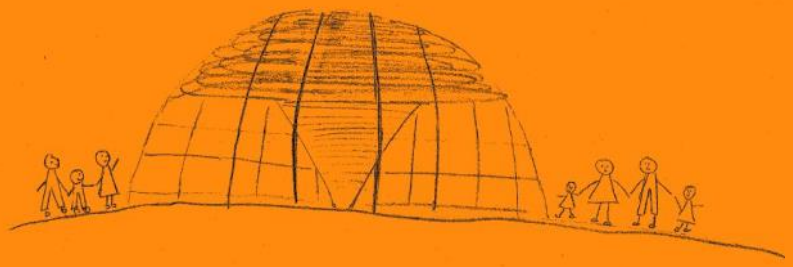

Martin Patzelt MdB

Liebe Leserinnen und Leser,
diese Woche war wieder einmal geprägt von Diskussionen über die Flüchtlingspolitik. Auch in meiner Fraktion wurde heftig darüber gestritten. Auf diese Thematik gehe ich ausführlich auf der nächsten Seite ein.
Im Deutschen Bundestag haben wir die Einführung eines neuen Ausweises für Flüchtlinge beschlossen. Dieser fälschungssichere Ausweis wird neben Namen, Geburtsdatum und –ort auch Fingerabdrücke sowie Informationen zum Herkunftsland, zum Gesundheitsstand und zur Qualifikation enthalten. Letzteres ist für die schnellere Integration und Arbeitsvermittlung erforderlich. Auch werden die Daten künftig allen Beteiligten Institutionen zur Verfügung stehen, womit Missbrauch und Doppelregistrierungen verhindert werden.
Erfreulich ist, dass der Haushaltsüberschuss im vergangenen Jahr auf 12,1 Milliarden Euro gewachsen ist. Das ist doppelt so viel, wie Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble noch im November erwartet hat. Dieser Überschuss fließt vollständig in die Rücklage zur Finanzierung von Belastungen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen.
Diesem Überschuss kommt eine historische Bedeutung zu, die noch verstärkt wird durch die Tatsache, dass wir schon zum zweiten Mal einen Etat ohne Neuverschuldung abschließen konnten. Ich bin mehr als zuversichtlich, dass uns dies auch in diesem Jahr erneut gelingt.

Ich wünsche eine angenehme Lektüre
Ihr

Neue App für Flüchtlinge

„Ankommen“ heißt eine neue kostenlose App für Flüchtlinge. Sie ist ein Wegbegleiter zur schnellen und umfassenden Orientierung während der ersten Wochen und auf die unmittelbaren Lebensbedürfnisse neu in Deutschland angekommener Menschen zugeschnitten.
Ziel ist es, den Flüchtlingen die wichtigsten Informationen zur raschen Integration zur Verfügung zu stellen: Hinweise zu Werten und Leben in Deutschland finden sich dort ebenso wie Informationen zum Asylverfahren sowie zum Weg in Ausbildung und Arbeit. In die App ist zudem ein kostenloser, multimedialer Sprachkurs integriert, der eine alltagsnahe Unterstützung für die ersten Schritte auf Deutsch bietet.

Entwickelt wurde die bundesweit bisher einmalige Service- und Lern-App gemeinsam vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), von der Bundesagentur für Arbeit (BA) und vom Goethe-Institut in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Rundfunk (BR).
„Ankommen“ steht in den Sprachen Arabisch, Englisch, Farsi, Französisch und Deutsch zur Verfügung und ist nach dem Download auch ohne Internetzugang nutzbar. Die App ist zunächst verfügbar für Smartphones mit dem Betriebssystem Android und – nach Freigabe im App Store - auch auf iOS. Download über die jeweiligen App-Stores. Weitere Information auch über https://www.ankommenapp.de

Nr. 53/18. WP
15. Januar 2016

Mein Brief an meine Fraktionskollegen

Es ist erfreulich, dass die überwiegende Zahl der Fraktionsmitglieder (Rückmeldung auf meinen Brief, den ich nachfolgenden zur Kenntnis gebe) sich für eine weiterhin sachliche Auseinandersetzung und gegen eine Polarisierung in der Fraktion entscheiden hat. Die Initiatoren haben am Donnerstag ihre Unterschriftenaktion eingestellt.

Berlin, am 14. 01. 2016

Liebe Frau Kollegin, lieber Herr Kollege,

die nach der letzten Fraktionssitzung kolportierte Nachricht über eine Unterschriftenaktion von Fraktionsmitgliedern (über die heute schon die FAZ berichtet), die unsere Kanzlerin zur Akzeptanz konkreter Maßnahmen zur Verminderung der in Deutschland ankommenden Zahl an Flüchtlingen bewegen soll, beunruhigt mich in höchstem Maße.

Jede Aktivität in unserer Fraktion, die das Ansehen und die Entscheidungskompetenz unserer Kanzlerin in dieser äußerst schwierigen innenpolitischen Situation öffentlich beschädigt, schadet nicht nur Frau Dr. Merkel und unserer Fraktion, sondern führt, angesichts der polaren Aufladung von Stimmungen in der Bevölkerung in unserem Land, zu noch schwerer beherrschbaren, vermutlich eskalierenden Auseinandersetzungen.

Unserer Verantwortung als Abgeordnete der Regierungsfraktionen obliegt es jetzt besonders, trotz aller unterschiedlichen Auffassungen in der Sache und über Möglichkeiten der Eindämmung der Flüchtlingszahlen Geschlossenheit in der Zielstellung und eine transparente Diskussionen über Handlungsoptionen und DEREN FOLGEN zu führen.

„Kraftakte“ gegen die Richtlinienkompetenz unserer Kanzlerin, seien sie durch persönliche Frustrationen in der Abgeordnetenbiografie oder wegen persönlich gegensätzlicher Auffassungen einem Ohnmachtsempfindungen geschuldet, werden letztlich uns allen schaden.

Aus diesem Grunde lehne ich jegliche organisierte Gegenbewegung strikt und nachhaltig ab und werbe dafür, mit der Kanzlerin, sei es in einem kleineren Kreise, das Gespräch in der Sache zu suchen.

Mein Vertrauen in die Klugheit und Weitsicht der Kanzlerin, die in der Vergangenheit in schwierigsten Situationen getragen haben und weit über unsere Partei hinaus, auch international Anerkennung finden, ist ungebrochen und über persönliche Unsicherheiten erhaben. Eine solche persönliche Disposition kann ich nicht jedem von Ihnen antragen, aber die Sorge um den inneren Frieden und die Zukunft unseres Landes und Europas sollte Sie bewegen, insbesondere die Folgen eines kurzschlüssigen und erkennbar kaum nachhaltigen politischen Handelns zu bedenken. Alle Mitglieder unserer Fraktion, die jetzt solche Kraftakte gegen die Kanzlerin unterstützen, fordere ich auf, bei alternativen Forderungen auch deren Folgen abzuwägen und darzustellen.

Aus benannten Gründen werde ich das besagte Schreiben nicht unterzeichnen und bitte Sie, falls Sie dieses unterzeichnen wollen, die Folgen einer öffentlich auch erkennbaren Polarisierung der Fraktion zu bedenken. (Auch unsere politischen Gegner reiben sich schon genüsslich ihre Hände).

Freundliche Grüße

Martin Patzelt

Mitte der Woche habe ich zusammen mit meiner Bundestagskollegin Susanne Rüthrich (links) das Violence Prevention Network in Berlin Moabit besucht und dort mit Vorstandsmitglied Jan Buschbom (2. v.l.) und Geschäftsführer Thomas Mücke (2.v.r) gesprochen. Das Netzwerk betreut rechtsextremistisch und islamisch orientierte jugendliche Gewalttäter. Der Besuch bildete den Abschluss einer Reihe von Vor-Ort-Terminen bei Projekten, die sich mit einer Form der Bekämpfung von Extremismus beschäftigen.

Martin Patzelt, MdB
Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Büro Berlin
Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)
Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr, Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt
Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu abonnieren, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Kurswechsel in der Entwicklungspolitik

Einen Kurswechsel in der Entwicklungspolitik hat der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller (CSU), diese Woche in einem Gespräch im Menschenrechtsausschuss gefordert. Auch aus dem Blickwinkel der zu bewältigenden Flüchtlingskrise, die sich nicht nur in Europa zeigt, hier allerdings für uns spürbarer wird, da die Menschen in Not näher an uns heran gerückt sind, ist eine andere Herangehensweise nötig. Und zwar aus der Perspektive der flüchtenden Menschen.

Perspektiven vor Ort

Ausgehend vom Krisenherd Syrien stellte Müller nun konkrete Konzepte vor. Mit einer Art Marshallplan, wie für Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, könnten die Lage von 90 Prozent der Flüchtlinge und die gesamte Region in und um Syrien befriedet werden. Mit zehn Milliarden Euro könnten "Bleibeperspektiven" vor Ort geschaffen werden.

„Cash-for-work“

Allein mit 1,8 Milliarden Euro könne ein "cash-for-work-Programm“ finanziert werden, das 500.000 Menschen in und um Syrien in Lohn und Brot bringen würde. Mit entsprechenden Mitteln könnte der Bau von Unterkünften, Schulen und Krankenhäusern finanziert werden. Es sei unhaltbar, dass die Europäer bisher nicht in der Lage seien, Hilfsprogramme wie das World Food Programm (WFP) oder das UN-Flüchtlingshilfswerk angemessen auszustatten.

Unhaltbare Situation

Dass diese unhaltbare Situation auf uns zurückschlagen wird, ist für mich mehr als klar nachvollziehbar. Die Armut und Chancenlosigkeit auf dem afrikanischen Kontinent ist eine von unserer Gesellschaft mitverursachte Tragödie. Aufgrund von Hunger und bitterer Armut werden sich weitere Millionen verzweifelter Menschen auf den Weg nach Europa machen, auch ohne Anreize.

Kurswechsel

Die global zu sehende große Herausforderung zu bewältigen geht nur mit einem Kurswechsel in der Entwicklungszusammenarbeit. Neben der Fortsetzung der bereits bestehenden Konzepte des fairen Handels müssen diese mit den Investitionen in Wirtschaft, Bildung und Ausbildung in den Herkunftsländern einhergehen.

Ich kann Bundesminister Gerd Müller nur darin unterstützen (und habe dies im Ausschuss nachdrücklich angekündigt), dass diese angedachten Maßnahmen der Investition in die Herkunftsländer unter dem Aspekt der Hilfe zur Selbsthilfe, mit fairem Handel unter menschenrechtsrelevanten Gesichtspunkten, mit menschenwürdigen Arbeitsbedingungen, vornehmlich in Afrika, Asien und Lateinamerika, der richtige, von allen Seiten notwendig zu unterstützende Weg ist, da wir mit öffentlichen Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit es allein nicht schaffen werden.

Umdenken erforderlich

Notwendig ist ein Umdenken in unserer Gesellschaft. So plädiere ich dafür – und ich möchte alle sowohl in der eigenen als auch in den anderen Fraktionen sowie in der zivilen Gesellschaft dazu ermutigen –, unsere Einstellungen, Haltungen und Handlungen zu überprüfen. Nur so werden wir nachhaltig die Zahl der flüchtenden Menschen reduzieren können.